

Die Kirchenpolitik Frankreichs in seiner Besatzungszone

Von Martin Greschat

[Erster Teil]

1. Frankreichs Deutschlandpolitik

Im Gefolge der innenpolitischen Durchsetzung de Gaulles in Frankreich¹ kam auch sein außenpolitisches Konzept zum Zuge. Dies bezog sich keineswegs allein auf Deutschland, sondern nahm sehr bewußt ganz Europa in den Blick. Davon wird zu berichten sein. Aber kann man in diesem Zusammenhang wirklich von einer französischen Kirchenpolitik reden – wobei es also um mehr ging als die Anwendung der allgemeinen politischen Zielsetzung der Besatzungsmacht auch auf die kirchlichen Bereiche? Diese Frage ist nicht einfach zu beantworten. Denn im Unterschied zu den drei anderen Siegermächten wählten die Franzosen auch hier einen eigenen Weg. Während die Briten und Amerikaner der Überzeugung waren – und diese dann auf ihre Weise zu verwirklichen versuchten –, daß die Mitwirkung der Kirchen wesentlich sei im Prozeß der Demokratisierung der Deutschen², und die Sowjets darauf setzten, die Kirchen bei der ins Auge gefaßten umfassenden Veränderung der Gesellschaftsstrukturen benutzen zu können³, galt für

¹ Einen informativen Überblick dazu bietet: Wilfried Loth, *Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1987, besonders 138 ff. – Der Deutschen Forschungsgemeinschaft möchte ich auch an dieser Stelle für ihre Unterstützung bei der Bearbeitung der Thematik danken.

² Vgl. dazu: Arthur Hearnden (Hrg.), *The British in Germany*, London 1978; Josef Foschepoth – Rolf Steininger (Hrg.), *Britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949*, Paderborn 1985; Nicholas Pronay – Keith M. Wilson (Hrg.), *The Political Re-Education of Germany and Her Allies after World War II*, London 1985; Jeffry M. Diefendorf u.a. (Hrg.), *American Policy and the Reconstruction of West Germany, 1945–1955*, Cambridge/Mass. 1993; Michael Lingk, *Amerikanische Besatzer und deutsche Kirchen 1944–1948*, Tübingen 1996.

³ Vgl. dazu u.a.: Clemens Vollnhals, *Zwischen Kooperation und Konfrontation, Zur Kirchenpolitik von KPD/SED und SMAD in der Sowjetischen Besatzungszone, in: Deutschland-Archiv 27 (1994) 478–490*; Martin Georg Goerner, *Die Kirche als Problem der SED*, Berlin 1997.

die Franzosen weder das Eine noch das Andere. Sie erwarteten, getreu ihrer politischen Tradition und Kultur der strengen Trennung der Kirche vom Staat, sicherlich manches von den moralischen und sittlichen Kräften des Christentums – aber wenig oder nichts von den Kirchen. Insofern gab es hier im eigentlichen Sinn keine eigene französische Kirchenpolitik.

Doch auf der anderen Seite waren die Kirchen mit ihrem weitgespannten Einfluß in der deutschen Zusammenbruchgesellschaft nicht nur da, sondern sie waren auch in besonderem Maße privilegiert. Dazu hatte Frankreich seine Zustimmung gegeben – wovon im einzelnen noch zu berichten sein wird. Die Kirchen bildeten auch in der französischen Besatzungszone zunächst die einzige intakte deutsche Organisation. Sie allein verfügten zudem in den ersten Monaten nach Kriegsende über die Möglichkeit, eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen. Weil die Kirchen nun das Verhalten und Vorgehen der Franzosen weder einfach lobten oder schlicht ignorierten, sondern auch immer wieder kritisierten – mochte das noch so vorsichtig und verdeckt geschehen –, stellte sich alsbald die Frage, wie die Besatzungsmacht mit ihnen umgehen sollte, generell sowohl, als auch im Blick auf vielerlei konkrete Einzelfragen. Weil sich die reale Existenz und die Aktivitäten beider Großkirchen oft genug als Störfaktor für die offizielle französische Deutschland- und Besatzungspolitik erwiesen, mußte die Besatzungsmacht zumindest in Umrissen auch eine eigene Kirchenpolitik entwickeln. Doch diese kam eben nur im Kontext der gesamten französischen Deutschlandpolitik zum Zuge. Deshalb muß davon zunächst die Rede sein⁴.

Diese Politik läßt sich mit drei Stichworten umreißen. Es ging Frankreich – also keineswegs nur de Gaulle – um Grandeur, Sécurité und Charbon. Anders ausgedrückt: Mittels der Nutzung der deutschen Wirtschaftskraft und insbesondere seiner Kohlevorkommen im Ruhrgebiet und an der Saar sowie der Auflösung des Deutschen Reiches zugunsten eines lockeren deutschen Staatenbundes mitsamt der Abtrennung der linksrheinischen Gebiete – die eigene Staaten, Luxemburg vergleichbar, bilden sollten –, würde Frankreich die Hegemonie in Europa erringen. Vom Rückzug der Amerikaner – wie nach dem Ersten Weltkrieg – waren nicht nur die Franzosen überzeugt. Dann blieben die drei Zentren Moskau, London und Paris – von denen im Grunde nur Frankreich eine ausschließlich europäische Macht darstellte: so daß es zwischen den beiden anderen Mächten, die auch in anderen Kontinenten engagiert waren, nicht nur vermitteln, sondern die Rolle des Schiedsrichters würde einnehmen können.

⁴ Vgl. dazu: Claus Scharf – Hans J. Schröder (Hrg.), *Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945–1949*, Wiesbaden 1983; Rainer Hudemann, *Sozialpolitik im deutschen Südwesten zwischen Tradition und Neuordnung 1945–1953*, Mainz 1988; Heinrich Küppers, *Staatsaufbau zwischen Bruch und Tradition*, Mainz 1990; Rolf Steininger, *Ein neues Land an Rhein und Ruhr*, Köln 1990; Stefan Martens (Hrg.), *Vom „Erbfeind“ zum „Erneuerer“*, Sigmaringen 1993; Dietmar Hüser, *Frankreichs „doppelte Deutschlandpolitik“*, Berlin 1996. – Instrukтив sind auch die Literaturberichte: Rainer Hudemann, *Kulturpolitik im Spannungsfeld der Deutschlandpolitik*, in: Franz Knipping u.a. (Hrg.), *Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland, 1945–1950*, Tübingen 1987, 15–33; Edgar Wolfrum, *Französische Besatzungspolitik in Deutschland nach 1945*, in: NPL 35 (1990) 50–62.

Auf diese Blütenträume fiel bald der Frost der politischen Realität. Trotzdem blieb diese Politik auch nach dem Abgang de Gaulles Ende Januar 1946 für die Nachfolger verpflichtend, insbesondere für den langjährigen Außenminister Georges Bidault – aber ebenso für die politisch einflußreichen Kommunisten und dementsprechend dann für breite Kreise der französischen Öffentlichkeit. Im Blick auf Deutschland bedeutete das: Die linksrheinischen Gebiete sollten von Deutschland abgetrennt und der Kontrolle Frankreichs unterstellt werden. Dabei planten die Franzosen verschiedene Formen der Angliederung. Am engsten sollte das Saarland angebunden werden, vor allem wirtschaftlich, aber auch politisch, möglicherweise sogar durch die Annexion. Das Gebiet des späteren Landes Rheinland-Pfalz gedachte man – wie erwähnt – zu einem Pufferstaat zwischen Deutschland und Frankreich auszubauen. Hier würden die Franzosen dauerhaft oder doch sehr lange Zeit nicht nur politisch, sondern auch militärisch präsent sein, so daß die Bevölkerung sich notwendigerweise an Frankreich orientieren und dahin ausrichten müßte. Auf eine ähnliche Entwicklung setzte man in Paris – allerdings im wesentlichen ohne militärischen Druck – im Blick auf Baden und Württemberg. Das Ruhrgebiet schließlich sollte ein französisch dominiertes internationales Territorium werden. Die dort lebenden Menschen würden ihre deutsche Staatsbürgerschaft verlieren; wer sie behalten wollte, müßte auswandern. Auf dieser Linie bewegte sich die französische Politik bis zum Frühjahr 1946. Hunger und Kälte würden im kommenden Winter sicherlich zur Reduzierung der Deutschen im Ruhrgebiet beitragen, erklärte Hervé Jean-Charles Alphand, der Leiter der Wirtschaftsabteilung im französischen Außenministerium, im Oktober 1945. Die Verbleibenden möge man zur Auswanderung drängen. Und noch im Frühjahr 1946 artikulierten Politiker in Paris ihr Mißfallen darüber, daß die Briten und Amerikaner der Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten zugestimmt hätten und sich nun gegen das gleiche Vorgehen im Westen sträubten – was doch für die Sicherheit Frankreichs und Westeuropas ebenso notwendig sei⁵. Es waren die Briten, die diese Unmenschlichkeit verhinderten⁶.

Generell setzte die französische Politik auf die Ausweitung des eigenen Einflusses aufgrund einer möglichst weitreichenden Dezentralisierung – um nicht zu sagen Zersplitterung – Deutschlands. Deshalb wurden nicht nur zonenübergreifende Aktivitäten und Zielsetzungen in der französischen Zone von der Militärregierung verhindert, sondern nach Kräften auch Verbindungen und Zusammenschlüsse, die über die Provinzen in der eigenen

⁵ Vgl. dazu die Belege bei Steininger (wie Anm. 4) besonders 45 f., 83 f., 142.

⁶ Der stellvertretende Militärgouverneur der britischen Besatzungszone, Sir Brian Robertson, erklärte offiziell am 18. Januar 1946: „Wir glauben nicht, daß irgendeine zivilisierte Nation berechtigt ist, einem besiegten Feind solche Bedingungen aufzuerlegen. Wir glauben nicht, daß das der richtige Weg ist, um in der Welt Frieden zu schaffen [...] Was die Demokratie in Deutschland betrifft, die wir alle wollen, hätten wir dann das genaue Gegenteil erreicht [...] Damit mich hier niemand mißverstehet: Die britische Delegation wird niemals ihre Zustimmung dazu geben, Deutschland in eine Wüste zu verwandeln.“ Zit. Steininger (wie Anm. 4) 148.

Zone hinausgingen. Aus dem gleichen Grund blockierte Paris im Alliierten Kontrollrat die Einsetzung zentraler deutscher Verwaltungsorgane⁷. Zunächst also beherrschte und überlagerte bei der französischen Führung die Machtpolitik alles Andere. Gebündelt tritt diese Einstellung in der ausführlichen Erläuterung „zum deutschen Problem“ der Vorläufigen Regierung der Französischen Republik vom 19. Juli 1945 zutage⁸. Diese erste offizielle Direktive hinsichtlich „unserer Vorgehensweise in Deutschland“ sollte vorrangig „von einem rein politischen Gesichtspunkt“ aus betrachtet werden, „d.h. unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit“. Dieser habe über allen anderen Erwägungen zu stehen. Das sei die grundlegende Folgerung, die Frankreich aus der Entwicklung seit 1918 zu ziehen habe. Nach der Darlegung der erwähnten territorialen Zielsetzungen heißt es weiter: Zwar dürfe man nicht allzusehr auf separatistische Tendenzen bauen; doch hoffe man, daß die Deutschen selbst in diesem Sinn aktiv würden, wenn man die Autonomie- und Separationsbestrebungen vor allem in Hamburg und Bayern fördere. Sogar ein föderalistisches Deutschland erschien den Franzosen als zu gefährlich. Der Föderalismus, urteilten sie, sei Preußens Mittel gewesen, um das Deutsche Reich zu schaffen. Wer deshalb von Föderalismus spreche, meine im Grunde „großdeutsch“. Nicht zufällig benützten die „alten Pangermanisten“ heute den Begriff Föderalismus, um den Separatismus zu verhindern und die deutsche Einheit zu bewahren. „Wir sollten uns den ‚föderalistischen‘ Tendenzen gegenüber zurückhaltend zeigen, denn man darf nicht vergessen, daß Preußen hinter der föderalistischen Maske die Vereinigung Deutschlands vorbereitet hat.“⁹ Insgesamt wollten die führenden französischen Politiker nicht weniger, als die preußisch-deutsche Geschichte seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts auslöschen. Deshalb – hieß es weiter – dürfe man bei allen pragmatischen politischen Erwägungen niemals das Entscheidende vergessen: „notre but essentiel est la destruction, non seulement de l'oeuvre hitlérienne, mais aussi de l'oeuvre prussienne, que marquent les dates de 1813 et de 1871.“¹⁰ Das hier umrissene Bild Preußens wird uns immer wieder begegnen, auch in kirchlichen Kreisen. Es prägte den überwiegenden Teil der politischen und kulturellen Elite Frankreichs.

⁷ Auf die Notwendigkeit, zwischen Frankreichs Ablehnung einer deutschen Zentralverwaltung und seiner Zustimmung zu einer zentralen wirtschaftlichen Verwaltung Deutschlands zu unterscheiden, hat zuerst Rainer Hudemann verwiesen. Vgl. dazu Anm. 4.

⁸ Dieser Text wurde zuerst herausgegeben und kommentiert von Rainer Hudemann als Document No. 1, 20. 7. 1945: Directive pour notre action en Allemagne, in: Henri Menudier u.a. (Hrg.), *L'Allemagne occupée 1945–1949*, Asnières 1989, 175–182. Abgedruckt und übersetzt, jedoch datiert auf den 19. 7., findet sich derselbe Text bei Alain Lattard, *Gewerkschaften und Arbeitgeber in Rheinland-Pfalz unter französischer Besatzung 1945–1949*, Mainz 1988, 314–323 (danach zitiert). Dort findet sich auch das Protokoll der Sitzung des Interministeriellen Ausschusses vom 20. 7. 1945 mit dem Votum de Gaulles (324–327). Hudemann bietet außerdem eine erläuternde „Note sur le Problème Allemand“ vom 19. 7. (175–182). Ich zitiere diese drei Texte, die eine sachliche Einheit bilden, als A, B und C. Hier: A, 314; C, 177.

⁹ A, 314.

¹⁰ C, 178 f.

Paris wollte die politische Zusammenarbeit mit den drei anderen Alliierten. Vor allem war man – wie auch auf sowjetischer Seite – an der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands interessiert, um es effizienter „ausbeuten“ zu können¹¹. De Gaulle unterstrich diese Absicht nachdrücklich: „Wir haben ein vitales Interesse, aus Deutschland so viel Reparationen wie möglich zu holen, besonders in Form von Kohle und Arbeitskräften.“¹² Die Durchsetzung dieses Programms brachte Zehntausenden deutscher Soldaten, die sich den Amerikanern oder Briten ergeben hatten, harte Jahre in französischer Kriegsgefangenschaft – und nicht wenigen den Tod¹³.

Nachdem die „Großen Drei“ – also die USA, Großbritannien und die Sowjetunion – auf der Potsdamer Konferenz beschlossen hatten, daß jede Besatzungsmacht ihre Reparationsansprüche im wesentlichen aus der eigenen Zone befriedigen sollte¹⁴, besaß die bereits vorher von den Franzosen betriebene rücksichtslose wirtschaftliche Ausbeutung ihrer Besatzungszone einen legalen Anstrich. Ohne auf Einzelheiten einzugehen, bleibt festzuhalten, daß Frankreich ebenso dauerhaft wie systematisch die ökonomischen Ressourcen der von ihm beherrschten deutschen Gebiete auf sämtlichen Ebenen nutzte¹⁵. Ging es zunächst vor allem um die Rückerstattung und den Ausgleich für die von den Deutschen während ihrer Besetzung aus Frankreich abtransportierten Waren und Güter, folgte bald die systematische Wegnahme der Erzeugnisse aus nahezu sämtlichen deutschen Betrieben. Neben die Demontagen, Requisitionen und Kontributionen trat die Entnahme aus der laufenden landwirtschaftlichen und industriellen Produktion. Die Besatzungsarmee und das Personal der Militärregierung mußten aus den Erträgen des Landes nicht nur ernährt, sondern gut versorgt werden – was z.B. bedeutete, daß ein französischer Soldat am Tag 225 Gramm Fleisch erhielt, der deutsche Normalverbraucher dagegen höchstens 200 Gramm im Monat!¹⁶ Daß auch in Frankreich die Menschen hungerten, trat den Deutschen angesichts dieser Realitäten kaum ins Bewußtsein. Ganze Branchen im Land wurden auf die Bedürfnisse der französi-

¹¹ „L'ensemble du territoire allemand constitue un gage commun. Dans la mesure où ce gage pourra être exploité par les quatre puissances occupantes, il y a intérêt à ce qu'aucune d'entre elles ne distraie à son profit exclusif une part de l'actif commun (la question de la Sarre étant toutefois réservée).“ A, 318.

¹² B, 324.

¹³ Auf Einzelheiten dieser komplexen Thematik werde ich später zurückkommen. Vgl. dazu generell: Kurt W. Böhme, *Die deutschen Kriegsgefangenen in französischer Hand*, München-Bielefeld 1971; ders., *Geist und Kultur der deutschen Kriegsgefangenen im Westen*, München-Bielefeld 1968; Kurt W. Böhme – Helmut Wolff, *Aufzeichnungen über die Kriegsgefangenschaft im Westen*, München-Bielefeld 1973; Grégoire Tingaud, *Le Traitement des Prisonniers de guerre allemands en France après la seconde guerre mondiale*, in: *Revue d'Histoire Diplomatique* 106 (1992) 121–133.

¹⁴ Vgl. dazu Ernst Deuerlein (Hrg.), *Potsdam 1945, Quellen zur Konferenz der „Großen Drei“*, München 1963.

¹⁵ Dieser Aspekt wird besonders herausgestellt von: Klaus-Dietmar Henke, *Politik der Widersprüche, Zur Charakteristik der französischen Militärregierung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: *VfZ* 30 (1982) 500–537.

¹⁶ Ebd. 522 f.

schen Wirtschaft ausgerichtet, der sie Rohstoffe, Halb- und Fertigprodukte zu liefern hatten. Die systematische Abholzung beträchtlicher Teile des Schwarzwaldes erregte Aufsehen und Empörung über die französische Zone hinaus.

Diese Entwicklung beseitigte das französische Interesse an Deutschland als wirtschaftliche Einheit nicht, ließ es jedoch immer wieder zurücktreten. Denn prinzipiell blieb Paris auf dem im Juli 1945 eingeschlagenen Kurs: „Die gemeinsame Kontrolle darf nicht zur Wiedereinsetzung einer Zentralregierung in Deutschland führen. Man darf nicht den Fehler von 1919 wiederholen. Weder die Erwägung ökonomischer Interessen noch die Erleichterung der Kontrolle dürfen das vorrangige Ziel einer politischen Dezentralisation Deutschlands in den Hintergrund drängen.“¹⁷ Die Schwierigkeit, an dieser Zielsetzung festzuhalten und gleichzeitig der wachsenden Notwendigkeit einer stärkeren ökonomischen Vernetzung innerhalb der eigenen Besatzungszone und über diese hinaus Rechnung zu tragen, förderte bis zum Ende der Besatzungszeit nicht unerheblich die Unklarheiten in der französischen Deutschlandpolitik.

Dieselbe Wirkung hatte die insbesondere von der Militärregierung in Baden-Baden bis zuletzt vertretene Auffassung, man sei stark genug, um endlich doch in irgendeiner Form die Zustimmung der anderen Alliierten zur Abtrennung des linken Rheinufers von Deutschland zu erreichen. Der französische Oberbefehlshaber, General Pierre Koenig, blieb unbeirrbar bei diesem gaullistischen Programm. Dasselbe gilt von seinem Mitarbeiterkreis in Baden-Baden, wozu an führender Stelle sein einflußreicher außenpolitischer Berater Tarbé de St.-Hardouin gehörte. Dieser erklärte im Blick auf die politischen Meinungsverschiedenheiten unter den Alliierten noch im März 1947 – also unmittelbar vor der Moskauer Außenministerkonferenz: „die Franzosen sind aufgerufen, eine erstrangige Rolle zu spielen. Je nachdem, ob Frankreich nach der einen oder anderen Seite neigt, gerät die Sowjetunion in die Isolierung oder wird das Spiel der Angelsachsen schwer beeinträchtigt [...] Es ist kein Zweifel, daß man unter diesen Umständen schon bei Beginn der Konferenz mit dringenden Bitten an uns herantreten wird“. Das war pure Illusion. Trotzdem lautete die offizielle Version weiterhin – wie sie Tarbé kurz zuvor noch einmal ausdrücklich bekräftigt hatte: „Frankreich wünscht weiterhin die Abtrennung des Rheinlands vom Rest Deutschlands.“¹⁸

Sicherlich erschöpfte sich darin nicht die französische Deutschland- und Besatzungspolitik. Es gab mannigfache Alternativen, auf nahezu sämtlichen politischen Ebenen¹⁹. So hatten z.B. Kreise der Résistance andere Konzepte entwickelt, ebenso verschiedene Politiker und Literaten. Einzelne Militärs

¹⁷ A, 318.

¹⁸ Alain Lattard, Zielkonflikte französischer Besatzungspolitik in Deutschland, Der Streit Laffon – Koenig, 1945–1947, in: VfZ 39 (1991) 1–35, hier 25 f.

¹⁹ Vgl. dazu neben der in Anm. 4 und 18 genannten Literatur noch: Renata Fritsch-Bournazel, Die Wende in der französischen Nachkriegspolitik 1945–49, in: Die französische Deutschlandpolitik zwischen 1945 und 1949, Tübingen 1987, 7–25, besonders 12 ff.; Lattard, Gewerkschaften (wie Anm. 8); Küppers, Staatsaufbau (wie Anm. 4) besonders 34 ff.; Hüser, „doppelte Deutschlandpolitik“ (wie Anm. 4).

warnten vor einer Politik, die den deutschen Nationalismus fördern müßte. Hohe Ministerialbeamte bemühten sich, die offizielle französische Straf- und Machtpolitik zu unterlaufen. Auf der höchsten politischen Ebene kam es tatsächlich seit 1946 zu einer vorsichtigen, freilich durchweg widersprüchlichen Umorientierung. Doch für die allermeisten Deutschen war davon wenig zu spüren²⁰. So blieb das Mißtrauen gegenüber dem „Erbfeind“. Und die überwältigende Mehrheit der französischen Wähler zeigte sich bis weit in das Jahr 1948 hinein nicht bereit, eine andere als die von de Gaulle und seinen Nachfolgern öffentlich vertretene harte Politik gegenüber den Deutschen hinzunehmen²¹.

Die Unklarheit und Undurchsichtigkeit der französischen Besatzungspolitik beruhte jedoch nicht nur auf widersprüchlichen Konzeptionen, sondern durchaus auch auf beträchtlichen organisatorischen Mängeln. Dazu gehörte vor allem das Fehlen klarer und situationsgerechter Weisungen aus Paris²². Entweder ergingen überhaupt keine Anordnungen, oder sie blieben so vage bzw. widersprüchlich, daß sie keine Hilfe für dringend gebotene Entscheidungen boten. Auch auf wiederholte Anfragen der Militärregierung erfolgte nicht selten keine Antwort. Ein Ausdruck der Konfusion war die mehrfache Umbildung der Verwaltungsspitze für die französische Besatzungszone in Paris. Auch darin spiegelte sich, was man, im Blick auf die IV. Republik insgesamt, als die „kürzeste von kurzfristigen Politiken“ bezeichnet hat, „wodurch es halb schwachsinnig und halb unmöglich war, langfristige Ziele zu verfolgen“²³. Dieser Sachverhalt ermunterte und nötigte die Militärregierung in Baden-Baden zu Improvisationen und selbständigen Entscheidungen. Dasselbe gilt für die französische Abteilung im Alliierten Kontrollrat in Berlin. Sie unterstand Koenig, der jedoch lediglich zu den Sitzungen in die alte Reichshauptstadt kam. Infolgedessen mußte sein Stellvertreter dort eigene Entscheidungen treffen, oft ebenfalls ohne genaue Informationen und die exakte Kenntnis der Zusammenhänge. Das alles hatte dann wieder massive Vorwürfe aus Paris zur Folge, indem man dort die mangelnde Kontrolle der Besatzungsorgane in Deutschland beklagte oder ihre Selbstherrlichkeit attackierte.

²⁰ Wohl zu Recht urteilt Henke (Politik, wie Anm. 15, 535, Anm. 187): „Mutmaßungen über eine schon 1945 einsetzende Politik der Kooperation in der französischen Zone wären nur dann erheblich, wenn sich solche Tendenzen französischer Besatzungspolitik auch in anderen als in Marginalbereichen niedergeschlagen hätten und auch nachweisen ließen.“

²¹ Instruktiv für die Ängste und die hochgradig negativ besetzten Vorstellungen der Franzosen in dieser Zeit gegenüber den Deutschen ist auch: Dietmar Hüser, Frankreich, Deutschland und die französische Öffentlichkeit 1944–1950, Innenpolitische Aspekte deutschlandpolitischer Maximalpositionen, in: Martens (wie Anm. 4) 19–64.

²² Vgl. dazu besonders den Überblick bei Lattard, Gewerkschaften (wie Anm. 8) 15–48.

²³ „The Fourth Republic’s domination by Parliament injected a permanent bias toward clientelism, patronage, zeal for spending and reluctance to vote taxes, in brief, the shortest of short-term politics, which made it somewhere between maddening and impossible to pursue long-term goals.“ François Duchêne, Jean Monnet, The first Statesman of Interdependence, New York-London 1994, 173.

Eine analoge Konfusion zeigte sich auf der Ebene der Zonenverwaltung. Das lag zum einen an der fehlenden Zeit und Kraft Frankreichs, detaillierte Programme auszuarbeiten, vor allem jedoch, geeignetes Personal auszubilden. In vielem folgte man dem angelsächsischen Vorbild und übernahm diese Handbücher²⁴. Erheblich schwieriger gestaltete sich die Rekrutierung der erforderlichen Menschen. Die Franzosen bauten gleichwohl einen gewaltigen bürokratischen Apparat auf. In Baden-Baden lebten z.B. 1946 einunddreißigtausend Deutsche neben vierundvierzigtausend Angehörigen der Besatzungsmacht²⁵. Am Ende desselben Jahres kamen auf zehntausend Einwohner in der französischen Zone achtzehn Besatzer – in der britischen Zone waren es zehn, in der amerikanischen drei²⁶. In der Truppe hieß Baden-Baden aufgrund dieser aufgeblähten Bürokratie „Baderne-Baderne“, was sich frei als Ansammlung von Trotteln (baderne) übersetzen läßt²⁷. Doch nicht nur Unfähige trafen sich hier, sondern auch solche, denen der Boden in Frankreich aus politischen Gründen zu heiß geworden war, sowie mancherlei Schmarotzer, „die gern individuelle Wiedergutmachung betrieben, [...] – diese Okkupanten waren die Geißel der französischen Präsenz in Deutschland“²⁸.

Der andere Grund für das andauernde Durcheinander in der Verwaltung der französischen Besatzungszone war institutioneller Art. Seit Anfang November 1945 lag sie nicht mehr in der Hand des Militärs, sondern von Zivilisten, die allerdings Uniformen trugen²⁹. An deren Spitze stand als Administrateur Général Emile Laffon. Er begriff sich nicht nur als oberster Verwaltungsmann, sondern durchaus als Leiter der Besatzungspolitik in der französischen Zone. Dieselben Ambitionen verfolgte jedoch auch General Pierre-Marie Koenig, der Oberbefehlshaber der französischen Truppen in Deutschland. Somit existierte in Baden-Baden eine doppelte Verwaltungsspitze. Aufgrund der fehlenden oder ungenauen Abgrenzung der jeweiligen Kompetenzen kam es bis Ende 1947, als Laffon ausschied, zu ständigen Reibereien, Streitigkeiten und einander widersprechenden Anweisungen zwischen dem konservativen, unbedingt der Linie de Gaulles folgenden Berufsoffizier und dem erheblich jüngeren, brillanten Verwaltungsfachmann³⁰. Dabei spielten natürlich auch die unterschiedlichen Sichtweisen des Militärs bzw. des Zivilisten eine Rolle. Aber viel gewichtiger war, daß beide Männer als verschiedene Vertreter der unterschiedlichen Positionen der französischen Deutschlandpolitik auftraten. Beharrte Koenig, wie erwähnt, auf de Gaulles Kurs, ging es Laffon zwar ebenso eindeutig um die französische Vorherrschaft – doch er suchte diese geschmeidiger durchzusetzen, insbesonde-

²⁴ Vgl. dazu: Marshall M. Knappen, *And Call it Peace*, Chicago 1947, 143 f.

²⁵ Jochen Thies – Kurt von Daak, *Südwestdeutschland – Stunde Null*, Düsseldorf 1979, 29 ff.

²⁶ Lattard, *Gewerkschaften* (wie Anm. 8).

²⁷ Heinz Weil, *Am Rande des Strudels, Erinnerungen 1913–1983*, Stuttgart 1988, 116.

²⁸ Alfred Grosser, *Deutschlandbilanz*, München 1970, 79.

²⁹ Vgl. Lattard, *Gewerkschaften* (wie Anm. 8).

³⁰ Grundlegend zu dieser Thematik ist die in Anm. 18 genannte Studie von Lattard.

re im Blick auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den beiden anderen westlichen Alliierten sowie einer stärkeren verantwortlichen Einbeziehung der Deutschen. Die Doppelpoligkeit der Administration kam ferner darin zum Ausdruck, daß parallel zu der von Laffon geleiteten Verwaltung diejenige Koenigs existierte. Zu seinem „Kabinett“ gehörten mehr als dreihundert Offiziere. Aber auch der schon genannte Diplomat Tarbé de St.-Hardouin, der politische Berater Koenigs und wie dieser klar für das Konzept de Gaulles eintretend, verfügte über einen beträchtlichen, ausschließlich ihm unterstellten Stab. Das gilt ebenso für die fünf Ländergouverneure – von Baden, Württemberg-Hohenzollern, dem Saarland, Rheinland-Hessen-Nassau sowie Hessen-Pfalz³¹. Diese Gouverneure unterstanden der von Laffon geführten Verwaltung, unterhielten gute Kontakte zum „Kabinett Koenig“ – und gingen immer wieder selbstbewußt eigene Wege.

Wie gedachte man nun auf dem Hintergrund dieser politischen Zielsetzungen mit der deutschen Bevölkerung umzugehen?

Daran bestand selbstverständlich kein Zweifel, daß man ihre Mitarbeit benötigte. In der erwähnten Direktive vom Juli 1945 hieß es dementsprechend: „Wir können keine dauerhafte Politik in Deutschland ohne Kontakt mit den Deutschen machen.“³² Doch es komme darauf an, sehr genau zu überprüfen, mit welchen Deutschen eine Zusammenarbeit möglich sei und wieviel Vertrauen man ihnen entgegenbringen könne. Der entscheidende Gesichtspunkt dafür war die Frage, ob und inwieweit sich „die ehemals demokratischen Elemente“ unter den Deutschen – dazu wurden Mitglieder des Zentrums und der Sozialdemokratie, Gewerkschaftler und Vertreter von Berufsorganisationen gezählt sowie „die in diesen Gebieten mächtigen katholischen Kräfte“ – auf den Boden der französischen Deutschlandpolitik stellen würden. Auf der Basis der von Paris geschaffenen politischen Verhältnisse in Deutschland sollte die Bevölkerung eben lernen, daß sie nur dann hoffnungsvoll in die Zukunft blicken könne, wenn sie die von Frankreich geschaffenen Veränderungen akzeptierte. „Eine ‚gelenkte Autonomie‘ muß den Deutschen wie eine Zuflucht im Unglück erscheinen, als ein Mittel, sich vom preußischen Dirigismus und Militarismus zu befreien und darin ihren Vorteil zu sehen.“³³

Diese Einstellung wurde nicht nur von der großen Mehrheit der politischen Führung in Frankreich geteilt³⁴, sondern sie galt auch im wesentlichen unverändert bis zum Ende der Besatzungszeit. Die hier formulierte Mischung aus Werben um die Deutschen und Zwangsmaßnahmen gegen sie bot dauerhaft die Möglichkeit, einmal die eine und dann wieder die andere Komponente in den Vordergrund zu rücken. Musterhaft verstand es z.B. de Gaulle bei seiner Rundreise durch die französische Zone Anfang Oktober

³¹ Die beiden letztgenannten Territorien wurden im Sommer 1946 zum Land Rheinland-Pfalz zusammengefaßt.

³² A, 317.

³³ Ebd. 323. Ähnlich C, 327, jedoch mit besonderer Betonung der Gewinnung der Kirchen.

³⁴ Vgl. dazu auch: Monique Mombert, *Sous le signe de la rééducation, Jeunesse et Livre en Zone Française d'Occupation (1945–1949)*, Strasbourg 1995, besonders 11–30.

1945, Hoffnungen unter den Deutschen zu wecken und Zuversicht zu verbreiten³⁵. Obwohl in seinen Reden Hinweise auf die politischen Zielsetzungen Frankreichs in Deutschland keineswegs fehlten, gingen diese jetzt unter in der Begeisterung der Besiegten darüber, daß der General ihnen die Hand reichte, real ebenso wie symbolisch, daß er Franzosen und Deutsche in einem „wir“ zusammenschloß. Auf dieser Linie bewegten sich dann auch die Bemühungen der Franzosen hinsichtlich der Umerziehung der Deutschen³⁶. Dabei spielte der Germanist Raymond Schmittlein mitsamt seinem exzellenten Mitarbeiterstab eine wesentliche Rolle. Er hatte sich früh de Gaulle angeschlossen, war mit Koenig eng verbunden und kam nun im August 1945 als Direktor der Abteilung „Öffentliche Erziehung“ (Education publique) nach Baden-Baden. Man hat Schmittlein als „einen veritablen Minister für Erziehung und Kultur in der französischen Besatzungszone“ bezeichnet³⁷. Sein hochgestecktes Ziel hieß „changer la mentalité d'un peuple“³⁸. Dementsprechend definierte er im Juli 1947 die Aufgabe seiner Abteilung so: Es gehe darum, bei den jungen Menschen „den Sinn für Kritik und Objektivität zu entwickeln, die Liebe zur Freiheit und den Geist der Toleranz“. Schmittlein fuhr fort: „Il a été entendu qu'autant que possible il devait être montré que tous ces fondements de la vraie démocratie n'étaient point des produits d'importation, mais qu'ils se retrouvent en Allemagne à toutes les époques et qu'ils avaient été reconnus et représentés par tous les grands penseurs allemands.“ Insofern galt also nicht mehr alles Festhalten der Deutschen an ihren geistigen Traditionen und pädagogischen Überlieferungen als Ausdruck eines unbelehrbaren Nationalismus. Zu dieser Akzentverschiebung hat fraglos die Konfrontation mit den deutschen Realitäten beigetragen. Gleichwohl sprach Schmittlein auch weiterhin von der Notwendigkeit der „Entpreußung“ und sogar der „Entgermanisierung“ der Deutschen. Und niemals bezweifelte er, daß er besser als alle anderen wisse – und auf jeden Fall besser als die Deutschen –, was in der Bildungspolitik zu geschehen habe. Bis zuletzt wiesen die französischen Behörden auf diesem Gebiet deshalb die deutsche Mitbestimmung immer wieder einmal zurück, „da die Umerziehung der Jugend eines der wesentlichen Ziele der französischen Besatzung darstelle“³⁹. Auch französische Vorstöße, die Schmittleins Konzept nicht entsprachen, blockte er rigoros ab. Das mußte z.B. Marcel Sturm, der oberste protestantische Militärggeistliche, erfahren, als er im Herbst 1946 eine Dokumentation über das Eintreten der Bekennenden Kirche für die Jugend gegenüber dem nationalsozialistischen Staat herausbringen wollte. Schmitt-

³⁵ Vgl. dazu etwa: Joseph Jurt (Hrg.), Die „Franzosenzeit“ im Lande Baden von 1945 bis heute, Freiburg 1992, 72-75.

³⁶ Vgl. dazu generell: Franz Knipping – Jacques Le Rider (Hrg.), Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland 1945–1950, Tübingen 1987; Gabriele Clemens (Hrg.), Kulturpolitik im besiegten Deutschland 1945–1949, Stuttgart 1994; Stefan Zauner, Erziehung und Kulturmission, München 1994; Mombert, *Sous le signe* (wie Anm. 34).

³⁷ Georges Cuer, *L'action culturelle de la France en Allemagne occupée (1945–1949)*, in: *Revue d'Histoire Diplomatique* 101 (1987) 7–60, hier 12.

³⁸ Ebd., dort auch das Folgende.

³⁹ So z.B. Hettier de Boislandert an den Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz am 27. 6. 1948, zit. bei Lattard, *Gewerkschaften* (wie Anm. 8) 66.

lein ließ Sturm mitteilen, ein solches Buch sei „gegenwärtig nicht von Interesse“. Im übrigen „widerspreche es der französischen Schulpolitik“⁴⁰.

2. Kirchenpolitische Erwägungen und Entscheidungen

Die Kirchen kamen also, wie wir sahen, im Kontext der politischen Überlegungen Frankreichs kaum in den Blick⁴¹. Allerdings war Ende 1944 ein französischer Delegierter zu den Beratungen der European Advisory Commission (EAC) in London gestoßen, wo die „Großen Drei“ auf der Grundlage eines amerikanischen Entwurfs gemeinsame Richtlinien für ihre Kirchenpolitik formulierten. Diese EAC-Direktive Nr. 12 – sie stimmt mit der amerikanischen Direktive JCS 1143 überein – bildete die Basis für das Allied Religious Affairs Committee (ARAC), also die im August 1945 innerhalb des Alliierten Kontrollrates in Berlin eingerichtete Abteilung für religiöse Angelegenheiten. Sie besaß keine Entscheidungsbefugnis, konnte also nur Empfehlungen aussprechen. Immerhin wurden die früher in London erarbeiteten Grundsätze hier im Oktober 1946 noch einmal von allen vier Besatzungsmächten gebilligt. Jetzt hielt man jedoch auch fest, worin man sich nicht einig war, d.h. in welchen Punkten die Oberbefehlshaber in ihren Zonen nach eigenem Ermessen verfahren konnten.

Insgesamt gewährten die vier Alliierten den Kirchen ein beträchtliches Maß an Freiheit und Selbstbestimmung. Sie stellten Gottesdienste und religiöse Handlungen ebenso unter ihren Schutz wie kirchliche Gebäude und Einrichtungen. Der von den Nationalsozialisten beschlagnahmte Besitz der Kirchen sollte ihnen zurückgegeben werden. Auch die kirchliche Presse wollte man wieder zulassen, den Religionsunterricht in den Schulen sowie prinzipiell die Arbeit kirchlicher Gruppen. Lediglich eine indirekte Kontrolle behielten sich die Alliierten vor. Dazu gehörte auch, daß den Kirchen das Vorrecht eingeräumt wurde, ihr Personal selbst vom Geist des Nationalsozialismus zu reinigen. Umstritten war dagegen die Genehmigung von kirchlichen Jugend- und Sportgruppen sowie von Wohlfahrtsverbänden. Dasselbe galt im Blick auf die Zahlung der Staatsleistungen an die Kirchen und die staatliche Einziehung der Kirchensteuern. Nichtsdestoweniger waren die Kirchen in allen vier Besatzungszonen aufgrund dieser Regelungen in hohem Maße privilegiert. Sie allein besaßen zunächst auch die Möglichkeit, sich vor einer begrenzten Öffentlichkeit kritisch zu den Maßnahmen einer Besatzungsmacht zu äußern. Davon wird noch zu reden sein.

Nach diesen Richtlinien verfahren alle Besatzungsmächte. Aber selbstverständlich setzten sie jeweils eigene Akzente, entsprechend ihrer politi-

⁴⁰ Zauner, Erziehung (wie Anm. 36) 283.

⁴¹ Jürgen Thierfelder hat hierzu einen ersten Überblick vorgelegt: Die Kirchenpolitik der Besatzungsmacht Frankreich und die Situation der evangelischen Kirche in der französischen Zone, in: Kirchliche Zeitgeschichte 2 (1989) 221–238. Wichtige Ergänzungen bietet: Clemens Vollnhals, Die evangelische Kirche nach dem Zusammenbruch, Göttingen 1988, XIII–XXIII. Eine materialreiche Zusammenstellung der Fakten bietet jetzt: Christophe Baginski, La Politique Religieuse de la France en Allemagne occupée 1945–1948, Villeneuve-d'Ascq 1997.

schen Kultur und vor allem im Blick auf die aktuellen politischen Zielsetzungen ihrer Staaten. Die französische Position im Konzert der Alliierten im Kontrollrat charakterisierte der bereits mehrfach genannte Tarbé de St.-Hardouin in einem ebenso ausführlichen wie scharfsinnigen Schreiben an den französischen Außenminister Georges Bidault am 9. Februar 1946 folgendermaßen⁴²: Fragen der Religion und der Religionspolitik hätten in den zurückliegenden Monaten im Kontrollrat keine besondere Rolle gespielt. Das läge sicherlich nicht an der Belanglosigkeit dieser Thematik, sondern unverkennbar daran, daß die entscheidenden Probleme ausgeklammert würden – was wiederum nicht verwunderlich sei angesichts der nicht nur divergierenden, sondern einander diametral entgegengesetzten Auffassungen der Alliierten über die Bedeutung der Religion für die „Hinführung des deutschen Volkes zur Praktizierung der Demokratie“.

Als irrelevant dürfe man den religiösen Faktor schon deshalb nicht ansehen – fuhr Tarbé fort –, weil er gegenwärtig für die Deutschen von größter Bedeutung sei. Das könne man angesichts ihrer Lage auch durchaus verstehen. Prinzipiell ließe sich dagegen sicherlich nichts einwenden, denn ein Mittel gegen das Gift des Nazismus bilde die Religion allemal. Doch bei alledem handele es sich insofern um ein Politikum, als die Einstellung der Deutschen sich mit der Überzeugung der Angelsachsen treffe. Tarbé warnte davor, die Tatsache, daß gegenwärtig annähernd 95 Prozent der deutschen Bevölkerung, Atheisten eingeschlossen, Religionsunterricht in den Schulen wünschten, im Sinne der französischen politischen Kultur schlicht als geistige Rückständigkeit abzutun. Denn hier begännen sich offensichtlich geistige Fronten zu formieren. Keineswegs nur Katholiken begrüßten in Deutschland die Politik des Vatikans, also die scharfe Abgrenzung gegenüber dem Osten und die nachdrückliche Hervorhebung der Zugehörigkeit Deutschlands zu den „Ländern der Christenheit“, unterstrich Tarbé. Die Berichte des französischen Botschafters beim Vatikan belegten nach seiner Überzeugung diese Einstellung ebenso wie die päpstlichen Äußerungen anläßlich der jüngst erfolgten Erhebung des Berliner Bischofs Konrad von Preysing zum Kardinal. Wirklich politisch relevant werde alles das jedoch dadurch, daß die Amerikaner – und mehr noch die Briten – eine solche Hochschätzung der Religion teilten und mithin förderten. Das hätten sie mehrfach bei den Verhandlungen im Alliierten Kontrollrat bewiesen. Die Angelsachsen erfülle die Sorge, daß in Deutschland ohne das Mitwirken der Kirchen ein Chaos entstehe – auf jeden Fall aber keine demokratische Ordnung errichtet werden könne⁴³. Auch sei in Rechnung zu stellen, daß die deutschen Katholiken und Protestanten bereits wieder ihre traditionellen internationalen Verbindungen zu ihren Glaubensgenossen aufgenommen hätten, letztere also vor allem nach England, Amerika sowie in die Schweiz.

⁴² Archiv des französischen Außenministeriums (Ministère des Affaires étrangères, MAE), Paris: Europe, 1944–1949, Allemagne, Bd. 67.

⁴³ Ebd.: „à leur yeux la mission de l’Eglise, qu’elle soit catholique ou protestante, est autant de contribuer à la préservation de l’ordre social établi que de répandre parmi les masses la conception qu’ils se font d’un univers démocratique“.

Ganz anders beurteilten die Russen die Frage der Religion, berichtete Tarbé weiter; und er ließ keinen Zweifel daran, daß er mit ihrer Sicht der Dinge im wesentlichen übereinstimmte. „Ihr historischer Realismus befähigt sie, den Antiklerikalismus als ebenso überholt anzusehen wie seinen Gegenstand. Sie hüten sich jedoch, das zur Schau zu stellen, und sie behandeln die praktischen religiösen Probleme mit der größtmöglichen Objektivität.“ Für ihr Konzept der Demokratie benötigten die Russen weder Religion noch Kirchen. Selbstverständlich sei die volle Gewissens- und Kultfreiheit. Auch könne auf Wunsch der Bevölkerung in den Schulen Religionsunterricht erteilt werden. Aber jede Privilegierung der Kirchen – z.B. im Blick auf die Erziehung oder die öffentliche Einziehung der Kirchensteuern – müsse zurückgewiesen werden. Ein solches Ansinnen erschien den Russen als „ein Fortleben des Mittelalters, was unvereinbar ist mit einer demokratischen Staatsform“. Genau denselben Standpunkt vertrete auch die französische Delegation, unterstrich Tarbé de St.-Hardouin. Faktisch distanzierte er sich damit von der Position der beiden angelsächsischen Alliierten, welche „die Bedeutung der Aufgabe unterstrichen, die den Kirchen hinsichtlich der demokratischen Bildung der Jugend anvertraut werden müsse“.

Dieser Bericht Tarbés umreißt exakt die Grundzüge der französischen Politik gegenüber den Kirchen in ihrer Besatzungszone. Selbstverständlich gewährte man die Freiheit der Religionsausübung und den Schutz kirchlicher Einrichtungen und Organisationen. Auch der moralische und sittliche Einfluß der Kirchen genoß volle Anerkennung, insbesondere wenn er dem Ausgleich und der Versöhnung diene – mithin der Beruhigung der Bevölkerung. Aber sobald die Kirchen sich selbständig an die Öffentlichkeit wandten und eigene Vorstellungen vortrugen, wurde sogleich Mißtrauen wach, folgten in aller Regel alsbald Einsprüche, Drohungen, auch Repressionen. Davon wird noch ausführlich zu berichten sein. Um diese Reaktionen zu verstehen – und damit auch die Voraussetzungen der Argumentation von Tarbé de St.-Hardouin –, muß man sich vor Augen halten, daß die von der Dritten Republik 1905 durchgeführte schroffe Trennung von Staat und Kirche in Frankreich in hohem Maße von der Absicht geleitet gewesen war, keine andere, also auch keine religiös gegründete gesellschaftliche Organisation zwischen den Staat und seine Bürger treten zu lassen⁴⁴. Diese Zielsetzung gehörte seitdem – wie reflektiert auch immer – zur politischen Kultur Frankreichs.

⁴⁴ Instruktiv ist diesem Zusammenhang die Bemerkung von Juan J. Linz im Blick auf die französische Situation: „Das feindliche Modell der Trennung von Kirche und Staat gründet letztlich auf einer Ablehnung des kulturellen Pluralismus, d.h. des Respekts vor unterschiedlichen Bedeutungssystemen und Mustern sozialen Verhaltens. Es geht von der Idee aus, daß eine wahre politische Gemeinschaft ein gemeinsames Wertesystem, Glaubenssystem, und auch bürgerliche oder patriotische Rituale braucht, um die der Religion in einer säkularisierten Gesellschaft zu ersetzen oder um die Religion, die für eine Quelle der Teilung in der Gesellschaft gehalten wird, zu beseitigen.“ Juan J. Linz, *Der religiöse Gebrauch der Politik und/oder der politische Gebrauch der Religion*, in: Hans Maier (Hrg.), „Totalitarismus“ und „Politische Religionen“, *Konzepte des Diktaturvergleichs*, Paderborn 1996, 129–154, Zitat 135 f.

Die Praxis des Umgangs der französischen Militärregierung mit den Kirchen entsprach weitgehend diesen skizzierten Überlegungen. Selbstverständlich fehlten auch hier nicht die organisatorischen Pannen. Wie kompliziert zum Beispiel die Kontakte zwischen Baden-Baden und Berlin bei der Behandlung kirchlicher Angelegenheiten waren, belegt ein Schreiben von General Koeltz vom Januar 1946 an das Hauptquartier⁴⁵. Wir haben, schrieb er aus Berlin, weder die nötigen Unterlagen noch die erforderlichen Informationen. Stellen wir Fragen, erhalten wir entweder keine Antwort oder diese trifft zu spät ein, nachdem die Sitzungen längst stattgefunden haben. Deshalb könne die französische Delegation – im Unterschied zu den anderen Alliierten, die stets über reiche Informationen und Materialien verfügten – auch nie aktiv werden. Niemals habe man deshalb bis jetzt die Möglichkeit besessen, „einen Vorschlag zu unterbreiten, der auf den Sitzungen der Kommission Gegenstand einer Diskussion hätte sein können“. Daß man nun in Baden-Baden erst Untersuchungen anstellen mußte, wer für diese Fragen – und mithin die erwähnten Pannen – zuständig war, erhellt exemplarisch die organisatorische Misere der französischen Militärverwaltung auch im kirchlichen Bereich⁴⁶.

Gewichtiger erscheint die betont kühle, distanzierte Haltung gegenüber den Kirchen, welche die Franzosen im Alliierten Kontrollrat an den Tag legten. In einer auf den 20. Januar 1947 datierten Zusammenstellung der Zentrale in Baden-Baden über ihre Tätigkeit entsprechend der alliierten Übereinkünfte auf dem kirchlichen Sektor heißt es⁴⁷: Selbstverständlich habe man die Gewissens- und Kultfreiheit wiederhergestellt und ebenso selbstverständlich würden die Organisationen der bestehenden religiösen Gruppen respektiert. Den jüdischen Gemeinden helfe man beim Wiederaufbau und außerkirchliche Veranstaltungen, wie z.B. Prozessionen, behindere man nicht. Ebenso liberal verhielte sich die französische Militärregierung gegenüber der religiösen Presse – „die gleichwohl den allgemeinen Zensurbestimmungen unterliegt“. Der von den Nationalsozialisten enteignete kirchliche Besitz werde nach Möglichkeit zurückgegeben, was vorrangig für die noch existierenden Synagogen sowie die jüdischen Friedhöfe gelte. Hinsichtlich der Kirchensteuer und den staatlichen Subsidien verfare man entsprechend den bestehenden Abkommen und Konkordaten der deutschen Länder mit den Kirchen. Diese Liberalität der französischen Militärregierung „schließe jedoch keineswegs eine sehr aufmerksame Überwachung der Aktivitäten und öffentlichen Verhaltensweisen des Klerus aus, zumal wenn diese über den moralischen und geistlichen Bereich hinausgehen“. In dieser Hinsicht habe die französische Militärregierung mehrfach die Zu-

⁴⁵ Archiv der französischen Besatzung in Deutschland und Österreich (Archives de l'Occupation Française en Allemagne et en Autriche, AOFAA), Colmar, Affaires Politiques: Intérieur et Cultes, c. 3303, p. 94,6. Dieselbe Klage formulierte Carteron, der französische Delegierte in ARAC, am 29.4.1946 am Ende seines Berichtes, vgl. ebd.

⁴⁶ Am Rande des genannten Schreibens ist beim Hinweis auf die verschiedentlich erfolgten Anfragen notiert: „Première? nouvelle!“ Zum Vorwurf der verspätet eingegangenen Antworten heißt es: „qui a répondu?“

⁴⁷ Wie Anm. 45.

rückziehung oder Änderung kirchlicher Verlautbarungen verfügen müssen, „weil der Text als unvereinbar angesehen wurde mit der allgemeinen Politik, welche die Alliierten in Deutschland verfolgen“. So habe man z.B. jüngst die Petition „religiöser Autoritäten“ für die Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen verbieten müssen. Davon wird unten weiter zu berichten sein.

Nach statistischen Angaben über die Entnazifizierung unterstrich der Berichterstatter dann einmal mehr die Liberalität der französischen Militärregierung gegenüber den deutschen Kirchen. Man erlaube ihnen, an der moralischen Erneuerung des deutschen Volkes mitzuwirken. Doch gleichzeitig werde die Militärregierung „eine wachsame Kontrolle über ihre Aktivitäten ausüben, um zu verhindern, daß ihr tatsächlicher Einfluß sich zum Schaden der alliierten Interessen auswirkt“.

In der endgültigen Fassung dieses Tätigkeitsberichtes begegnen einige Erweiterungen, bei denen es sich offenkundig um Angleichungen an den britischen und amerikanischen, aber auch den russischen Bericht handelt. Nun sprachen die Franzosen auch von der Zulassung des Religionsunterrichts in den Schulen, von der Wiedereröffnung der Theologischen Fakultäten sowie der Arbeit karitativer und mit der Jugend befaßter Organisationen. Ebenso war von Reiseerleichterungen für Kirchenleute die Rede. Und anstelle des zitierten Hinweises auf die „wachsame Kontrolle“ der französischen Militärregierung hieß es nun, sie werde fortfahren, „besonders die Tätigkeit demokratischer Elemente im deutschen Klerus zu fördern“ – was auch immer das angesichts der skizzierten Überzeugungen und Maßnahmen heißen mochte!

Die vorherrschende Einstellung der französischen Militärregierung gegenüber den Kirchen blieb also – wie auch dieser Bericht vom Ende Januar 1947 belegt – insgesamt eher frostig als freundlich. Selbst der sowjetische Überblick klang erheblich verbindlicher – sicherlich aufgrund taktischer politischer Erwägungen –, zu schweigen von den wohlwollenden Darlegungen der Briten und Amerikaner. Nur die Franzosen redeten durchgängig, entsprechend ihrer Terminologie, nicht von Kirchen, sondern von religiösen Gruppen. Nachdrücklicher als alle anderen Alliierten betonten sie durchgängig die Notwendigkeit, die Kirchen zu beaufsichtigen und zu kontrollieren und ihren Aktionsradius einzugrenzen. Sicherlich handelte es sich dabei nur um die eine Seite der französischen Politik gegenüber den Kirchen in ihrer Besatzungszone. Aber es war die nach außen gekehrte, die offizielle Seite.

Zur Durchsetzung dieser Politik existierte – wie bereits berichtet – seit dem November 1945 ein eigener Verwaltungsapparat, an dessen Spitze Emile Laffon stand. Zu den ihm unterstellten Abteilungen gehörte u.a. die für unseren Zusammenhang besonders wichtige für „Verwaltungsangelegenheiten“ (Direction Générale des Affaires Administratives, DGAA), geleitet von Maurice Sabatier⁴⁸. Diesem Generaldirektor wiederum unterstanden ebenfalls mehrere Sektionen, zu denen neben der für das Erziehungswesen unter Raymond Schmittlein auch die für „Inneres und Kultus“ (In-

⁴⁸ Vgl. zu den Einzelheiten die in Anm. 36 genannte Literatur.

térieur et Cultes) unter dem Präfekten Holveck gehörte. Alle Fragen und Probleme, welche die Belange der beiden Großkirchen sowie der jüdischen Gemeinden betrafen, der Freikirchen und Sekten, sollten in erster Linie von dieser Behörde behandelt und entschieden werden. Dieselben Verwaltungsorgane existierten prinzipiell auch auf den nachgeordneten politischen Ebenen.

Zur organisatorischen Besonderheit der französischen Besatzungspolitik im Blick auf die Kirchen gehörte, daß es neben dieser Behörde noch besondere Berater für die jeweiligen konfessionellen Angelegenheiten gab – also die jüdischen, römisch-katholischen und protestantischen. Diese Aufgaben übernahmen jetzt auch offiziell, d.h. seit der endgültigen Einrichtung einer eigenständigen Militärseelsorge innerhalb der französischen Besatzungszone im Februar 1946 durch das Kriegsministerium in Paris, die obersten Militärseelsorger der genannten drei Konfessionen⁴⁹. Sie waren jedoch nicht Laffon, sondern dem Oberkommandierenden, also General Koenig, attached. Trotzdem bestand eine – allerdings komplizierte – Verzahnung mit dem Verwaltungsapparat, weil die einzelnen *aumôniers généraux* auch die Vorgesetzten der in den Abteilungen „Inneres und Kulte“, „Öffentliche Bildung“ sowie „Information“ als Berater und Informanten tätigen Sachverständigen waren. Man begreift leicht, daß der protestantische *aumônier général* Marcel Sturm sich schon sehr früh über die Tendenz der jeweiligen Abteilungschefs beklagte, diese Leute umfassend in ihre politische Verwaltung zu integrieren⁵⁰.

Gewichtiger war der Einspruch innerhalb des Apparates gegen die Etablierung des geschilderten Konzepts. Mit einer kaum verhüllten Bezugnahme auf die laizistische Ausgrenzung der Kirchen aus dem allgemeinen politischen und speziell dem staatlichen Bereich wurde Sabatier am 6. September 1945 ein Gutachten vorgelegt, in dem schwerste Bedenken gegen die ins Auge gefaßte Position der obersten Militärseelsorger und der ihnen untergeordneten Geistlichen geäußert wurden⁵¹. Wer garantiere denn, daß sie sich nicht in die Politik einmischten? Und wer sollte und könnte sie, angesichts der ihnen hier eingeräumten unklaren organisatorischen Zuordnung, kontrollieren? Die Vertreter der Kirche würden schnell über ein vorzügliches Netz an Informationen und persönlichen Beziehungen verfügen, gerade auch im Blick auf „*les milieux allemands*“. Argwöhnisch urteilte der Schreiber des Gutachtens, daß die Geistlichen in den Interessenkonflikten, denen sie sogleich ausgesetzt wären, sich vermutlich eher für die Loyalität zugunsten ihrer Glaubensgenossen als für den französischen Staat entscheiden würden. Insofern ging es also bei der französischen Kirchenpolitik in Deutschland nicht nur um Mißtrauen gegenüber diesen Kirchen, voran der römisch-katholischen, sondern um klare Vorurteile ihnen gegenüber insgesamt.

⁴⁹ AOFAA, Colmar, Affaires Politiques, c. 3303, p. 93, d. 2.

⁵⁰ Sturm an Boegner, 20. 3. 1946: Paris, *Aumônerie Protestante Générale (APG)*, Papiers diversés, p. 3.

⁵¹ AOFAA, Colmar, wie Anm. 49.

Auf dieser Linie der dezidierten Trennung zwischen der Arbeit der Militärseelsorge einerseits und andererseits den Aufgaben der Militärregierung lag folgerichtig auch die Dienstanweisung General Koenigs vom 26. September 1945 für die *aumôniers généraux*⁵². Die entscheidenden Sätze lauteten: „Die Seelsorger haben nicht in die französische Religionspolitik in Deutschland einzugreifen.“ Und weiter: „Les Aumôniers généraux ne sont pas les Conseillers ecclésiastiques normaux du Général Commandant en Chef. Ce n'est qu'exceptionnellement et sur invitation spéciale et personnelle du Général Commandant en Chef ou de l'Administrateur Général Adjoint pour le Gouvernement Militaire, qu'ils pourraient être appelés à donner un avis sur certaines questions de politique religieuse ou à prendre certains contacts avec les milieux ecclésiastiques allemands.“ Das war eine ebenso klare wie enge Begrenzung der Berater Tätigkeit der obersten Militärseelsorger. Aber dieser Text diente offenbar in erster Linie der Fixierung der offiziellen Linie – und somit der Beschwichtigung eventueller Kritiker. Denn in der Praxis gewährte Koenig den obersten Militärseelsorgern einen beachtlichen Freiraum, insbesondere Marcel Sturm. Aber auch andere Militärseelsorger verfügten über solche Möglichkeiten. So berichtete z.B. Georges Casalis, der seit Mitte März 1946 Militärseelsorger in Berlin war, über sein Verhältnis zu den dortigen Vertretern der Militärregierung: „Es ist klar, daß ich hier nur als Seelsorger bin. Aber von Anfang an hat man mich gebeten – voran Herr Carteron, der mich mit besonderer Liebenswürdigkeit empfangen hat –, praktisch die Arbeit eines kirchlichen Beraters zu tun, ohne daß ich diesen Titel hätte.“⁵³

Die Stelle des katholischen *aumônier général* war nicht leicht zu besetzen, weil dessen Befugnisse sich nicht auf alle französischen Truppen erstreckten, sondern lediglich für die Besatzungstruppen in Deutschland und Österreich galten⁵⁴. Schließlich wurde im Januar 1946 Robert Picard de la Vacquerie gewonnen, der sein Amt jedoch erst im August antrat. Im Oktober 1946 erhielt er in Paris die Bischofsweihe. Picard hatte vorher u.a. in der Studentenseelsorge gearbeitet und als Direktor der französischen katholischen Universitätsmission viele Reisen durch Europa, die USA sowie in die Sowjetunion unternommen. Weil er sich öffentlich gegen die nationalsozialistischen Rassegesetze sowie die gewaltsame Verpflichtung junger Franzosen für den Arbeitseinsatz in Deutschland äußerte, verhaftete ihn die Gestapo im Juli 1944. Doch kam er bald wieder frei. In der französischen Besatzungszone engte Picard nun bewußt selbst die Möglichkeiten einer größeren Einflußnahme insofern ein, als er seine Untergebenen klar und fest anwies, „sich nicht auf politische Fragen einzulassen“⁵⁵. Dafür seien ausschließlich die Organe der französischen Militärregierung zuständig. So be-

⁵² Ebd.

⁵³ Zit. in einem Schreiben von B. de Luze vom 28. 5. 1971 an den französischen Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland: Paris, Archiv der Fédération Protestante de France, ohne Signatur.

⁵⁴ Vgl. dazu Heeresarchiv (Service Historique de l'Armée de Terre, SHAT), Vincennes, 1 K 284, c. 36, c. 96, sowie Baginski, *Politique Religieuse* (wie Anm. 41) 56–58.

⁵⁵ Baginski, *Politique Religieuse* (wie Anm. 41) 57.

schied Picard sämtliche Bittsteller, auch die deutschen Bischöfe. Sicherlich informierte er immer wieder Koenig, mit dem ihn ein gutes persönliches Verhältnis verband, über innerkirchliche Vorgänge und Stimmungen. Aber die offizielle Linie, wonach er und seine Geistlichen sich ausschließlich mit religiösen Fragen zu befassen hätten, verließ Picard de la Vacquerie nie.

Eine wesentlich andere Rolle spielte Marcel Sturm. 1905 in Mühlhausen geboren, das damals, in der deutschen Zeit, als die am entschiedensten französische Stadt des Elsaß galt, studierte er in Straßburg und MontPELLIER Theologie, arbeitete von 1929 bis 1939 als Pfarrer in Hünningen im Elsaß und engagierte sich gleichzeitig in der ökumenischen Bewegung. Nach der Niederlage Frankreichs floh er aus einem deutschen Kriegsgefangenenlager, schlug sich nach Nordafrika durch und wirkte seit dem Januar 1942 als Pfarrer und Militärseelsorger in Algier. Hier schloß sich Sturm de Gaulle an, war seit Februar 1943 Chef der protestantischen Militärseelsorge bei den Truppen des Freien Frankreich und 1945 sämtlicher französischer Truppen. Aus dieser Zeit in Nordafrika datierten auch seine guten Beziehungen zu General Koenig.

Sturms Stellung ging jedoch insofern beträchtlich über die Position des protestantischen *aumônier général* hinaus, als ihn die *Fédération Protestante de France* als ihren Verbindungsmann zu den deutschen evangelischen Kirchen betrachtete. In diesem Sinn hatte Boegner, der Präsident dieses Bundes, sich im Juli 1945 mit dem französischen Kriegsminister verständigt⁵⁶. Das Ergebnis teilte Boegner am 3. August auch General Koenig mit⁵⁷. Danach erschien es ausgesprochen sinnvoll, die Kontakte, welche sowohl die Militärregierung als auch die Leitung der Militärseelsorge zu den deutschen evangelischen Kirchen aufnehmen mußten, in einem Amt zusammenzufassen. Übergebe man diese Aufgaben dem Chef der allgemeinen Militärseelsorge, bliebe die Unabhängigkeit der kirchlichen Arbeit gegenüber dem Verwaltungsapparat in der französischen Besatzungszone ebenso wie deren volle politische Selbständigkeit gewahrt. Das Ziel der protestantischen Tätigkeit sei dabei ein doppeltes: Einerseits gehe es darum, die Kontrolle der deutschen religiösen Aktivitäten sicherzustellen; andererseits müsse man „die konstruktiven deutschen Elemente aufspüren, ihnen helfen und sie beschützen“⁵⁸. Boegner – und an seiner Seite Sturm – planten also, gezielt in die Verhältnisse der deutschen evangelischen Kirche einzugreifen. Davon wird noch zu berichten sein. Deutlich ist zugleich, daß diese beiden französischen Protestanten bei ihrem Vorhaben zumindest partiell mit der Zustimmung politischer Kreise ihres Landes rechnen konnten. Denn dem Argument Boegners, der Mann, um den es hier ging – also Sturm – müsse mindestens den Rang eines Obersten erhalten, um über das nötige Ansehen innerhalb und außerhalb der Armee zu verfügen, wurde sogleich entsprochen. Und man akzeptierte im Kriegsministerium auch, daß der französische Kirchenbund diesem *aumônier général* ausreichende Vollmachten geben wür-

⁵⁶ Note pour servir de mémoire à l'entretien de M. le Pasteur Boegner avec M. le Ministre de la Guerre, 12.7.1945: APG, Paris, Papiers diverses, p. 7; zu Boegner vgl.: Roger Mehl, *Le Pasteur Marc Boegner, 1881–1970*, Paris 1987.

⁵⁷ AOFAA, Colmar, Affaires Politiques, c. 3303, p. 93, d. 2.

de, damit er direkt mit den Vertretern der deutschen Kirchen sowie dem im Aufbau begriffenen Ökumenischen Rat in Genf Gespräche führen könnte.

Sturm hat diese Möglichkeit intensiv genutzt – wozu auch gehörte, daß es ihm gelang, sich eine angesehene Position in der Zentrale in Baden-Baden aufzubauen. Am 20. März 1946 informierte er darüber Boegner⁵⁹. Zu dem bis jetzt Erreichten gehöre, schrieb Sturm, daß er außerhalb der offiziellen Zusammenkünfte ausführliche Gespräche mit vielen Militärs und Politikern führen könne – so z.B. mit General Koenig, dem Chef von dessen Zivilkabinett Vareux, mit Sabatier oder Holveck. „Die allgemeine Politik unter den verschiedensten Aspekten ist der hauptsächliche Gegenstand dieser Unterhaltungen, verbunden mit sämtlichen Begleitumständen der Religionspolitik.“ Selbstbewußt fügt Sturm hinzu: „Il y a maintenant une politique protestante et elle est reconnue.“ Man darf wohl davon ausgehen, daß bei diesen Gesprächen die Übereinstimmung im Blick auf die großen Linien der französischen Besatzungspolitik überwog.

Die eigentliche Gefahr für die Realisierung dieser Politik sahen die Franzosen allerdings nicht in den deutschen evangelischen Kirchen, sondern im deutschen Katholizismus – und insbesondere in dessen Episkopat. Auf die Anfrage des französischen Außenministeriums, wie sich denn die Bischöfe beider Konfessionen Frankreich gegenüber stellten, beschränkte sich Tarbé de St.-Hardouin in seiner Antwort auf die Katholiken⁶⁰. Diese Bischöfe, führte er aus, ständen Frankreich gegenwärtig z.T. ebenso feindlich gegenüber wie nach dem Ersten Weltkrieg. Als Beispiel für diese Kontinuität verwies er auf Bischof Bornewasser von Trier. Trotzdem gebe es aber Chancen für eine gute Zusammenarbeit – wenn es nur gelänge, den katholischen Klerus für die Ausrottung des Nationalsozialismus einzusetzen, allerdings „sur le plan purement religieux“. Denn der Nationalsozialismus bedeute „dans son essence même la négation complète du christianisme“.

Das entsprach wieder exakt der offiziellen politischen Linie: Neben der Ausübung ihrer kultischen Funktionen sollten die Kirchen geistig und geistlich an der Erneuerung der Bevölkerung mitwirken, aber sich auf keinen Fall politisch äußern. Ihren prägnantesten Ausdruck fand diese Zielsetzung in der Anweisung, die Erzbischof Gröber von Freiburg am 30. Mai 1945 erhielt: Die Predigten dürften nicht die geringste Anspielung auf das Vorhandensein einer Militärregierung oder der Besatzungstruppen enthalten – aber sie sollten das nationalsozialistische Regime verdammen!⁶¹

Es fehlte nicht an demonstrativ freundlichen Gesten der Militärregierung gegenüber den Repräsentanten beider Kirchen. So wurde z. B. der von den Nationalsozialisten verbannte Bischof Sproll feierlich nach Rottenburg zurückgeholt. Auch Bischof Wurm kam mit französischer Unterstützung wieder nach Stuttgart⁶². Aber im Alltag dominierten systematische Einengungen und Bevormundungen bis hin zu kleinlichen Schikanen im Blick auf

⁵⁸ Wie Anm. 56.

⁵⁹ Paris, APG, Papiers diversés, p. 3.

⁶⁰ Schreiben vom 15.10.1945: MAE, Paris, Europe 1944–1949, Bd. 688, 73 f.

⁶¹ Zit. bei Baginski, Politique Religieuse (wie Anm. 41) 44.

⁶² Ebd. 36–40.

alles, was sich politisch deuten ließ⁶³. Die Franzosen scheuten sich auch nicht, Spitzel in einzelne Gottesdienste zu schicken⁶⁴. Nennenswerte Konflikte gab es jedoch auf der Gemeindeebene kaum. Sie wurden eher auf der obersten Etage ausgetragen, nämlich zwischen einzelnen Bischöfen und den Spitzen der Militärregierung.

Wurm hatte sich bereits am 10. Mai 1945 bei dem Empfang durch französische Militärs vorsichtig gegen deren Ausschreitungen und entschieden gegen die Auffassung der Schuld aller Deutschen gewandt: „Das Herz des deutschen Volkes schlug für den Frieden, der Krieg war ein Parteikrieg. Eben deshalb sollte man nicht das ganze deutsche Volk als verantwortlich für die Gewalt- und Schreckensmethoden eines Systems ansehen, das von einer weit überwiegenden Mehrheit innerlich abgelehnt worden ist.“⁶⁵ Wurm vertrat diese Überzeugung auch in der folgenden Zeit immer wieder öffentlich, wobei er mit Vorwürfen gegen die Franzosen nicht sparte⁶⁶. Aus demselben konservativen, christlich-nationalen Geist heraus opponierten die katholischen Bischöfe. Sie redeten freilich erheblich lauter, nachdrücklicher – und vor allem selbstbewußter⁶⁷. Man bekannte sich hier ausdrücklich zum Vaterland – so der Mainzer Bischof Stohr – und nahm für den katholischen Volksteil „zum guten Teil als Verdienst in Anspruch“, daß der innere Zusammenbruch nicht noch schrecklicher ausgefallen sei⁶⁸. Mehrfach wies Gröber den Gedanken der Schuld aller Deutschen zurück und sah im Leben in den Kriegsjahren sogar „ein Stück Martyrium darin, sich für eine Sache in Pflichttreue zu opfern, die dem eigenen Wunsch und Willen nicht im mindesten entsprach“. Auch sonst wies der Erzbischof in jenem Hirtenbrief vom 21. September 1945 sämtliche Anklagen gegen die deutsche Bevölkerung entschieden zurück oder relativierte sie erheblich⁶⁹. Im Blick auf die Fuldaer Bischofskonferenz und ihren Hirtenbrief vom 23. August schrieb General Koenig im September an den französischen Außenminister: Dieser Episkopat bildet eine reale Macht. Er agiert nicht nur als der religiöse, geistige und moralische Leiter eines verwirrten Volkes, sondern stets auch als der „*défenseur naturel des droits de la population*“⁷⁰.

⁶³ Die von Baginski aufgeführten Belege (ebd. 38–40, 44–50 u. ö.) ließen sich unerschwer vermehren.

⁶⁴ Ebd. 44.

⁶⁵ Gerhard Besier – Jörg Thierfelder – Ralf Tyra (Hrg.), *Kirchen nach der Kapitulation*, Bd. 1, Stuttgart 1989, 94–96, Zit. 95.

⁶⁶ Sehr instruktiv hierzu ist: David J. Diephouse, *Wanderer zwischen zwei Welten? Theophil Wurm und die Konstruktion eines protestantischen Gesellschaftsbildes nach 1945*, in: Rainer Lächele – Jörg Thierfelder (Hrg.), *Das evangelische Württemberg zwischen Weltkrieg und Wiederaufbau*, Stuttgart 1995, 48–70.

⁶⁷ Belege dazu bieten: Baginski, *Politique Religieuse* (wie Anm. 41) besonders 45–50, 142 f., 150–157, 201–208; Mombert, *Jeunesse en Livre* (wie Anm. 34); sowie insbesondere Wolfgang Löhr (Hrg.), *Dokumente deutscher Bischöfe*, Bd. 1: *Hirtenbriefe und Ansprachen zu Gesellschaft und Politik 1945–1949*, Würzburg 1985.

⁶⁸ Löhr, *Dokumente* (wie Anm. 67).

⁶⁹ Ebd. 45–55, Zit. 48.

⁷⁰ Schreiben vom 20.9.1945: MAE, Paris, *Europe 1944–1949, Allemagne*, Bd. 67,

Die Kirchen besaßen einen zu großen Freiraum – sowohl im Blick auf ihre institutionelle Privilegierung durch die Alliierten als auch hinsichtlich ihrer internationalen Verflechtungen –, als daß man sie – jedenfalls im Westen – durch Verbote und Sanktionen wirksam hätte hindern können, sich auch politisch zu äußern. Was sollte man dagegen unternehmen? Diese Frage formulierte General Koenig am 11. September 1945 in einem eindringlichen Schreiben an das Interministerielle Komitee für die deutschen Angelegenheiten in Paris⁷¹. Unbedingt müßte, schrieb er, so schnell wie möglich, die Religionspolitik definiert werden, die man in Deutschland zu verfolgen gedächte. Auf konkrete Weisungen komme es dabei an: Wie sollte man es mit dem Religionsunterricht in den Schulen halten? Wie hätten die Vertreter der Militärregierung mit den deutschen Bischöfen umzugehen? Welchen Spielraum könne man den obersten Militärseelsorgern im Blick auf den Verkehr mit ihren deutschen Glaubensgenossen lassen?

Koenig sah sehr genau, daß sich die erwünschte Kooperation mit den Deutschen – und hier also mit den Christen in Deutschland – kaum auf der Ebene der französischen Militärregierung würde realisieren lassen. Deshalb wünschte er in diesem Schreiben die Hinzuziehung von Franzosen, die wirklich zum Widerstand gehört hatten, aber auch von deutschen Exulanten. Sie sollten Begegnungen und Konferenzen vor allem mit Katholiken bzw. Protestanten in Deutschland veranstalten. Könnte man nicht, überlegte König weiter, Verbindungen zwischen den Christen beider Länder aus der Vorkriegszeit in dem genannten Sinn nutzen? Bei alledem ging der General freilich sehr selbstverständlich davon aus, daß solche gemeinsamen Veranstaltungen die Linie der französischen Besatzungspolitik vertreten würden. Die Realität sah bisweilen erheblich differenzierter aus. Davon wird im letzten Teil dieses Überblicks zu berichten sein. Daß sich die offizielle französische Politik gegenüber den Kirchen nicht einfach durchsetzen ließ, lag – wie schon mehrfach betont – zum einen an dem Freiraum, den alle Alliierten den Kirchen in Deutschland gewährt hatten. Aber es lag zum anderen, gerade hinsichtlich der französischen Besatzungszone, doch auch an den ebenso konkreten wie komplexen Erfahrungen, welche die Vertreter der Besatzungsmacht mit den Deutschen und insbesondere den Repräsentanten der Kirche in Deutschland machten. Das hob die skizzierten politischen Zielsetzungen nicht auf. Aber es verflüssigte sie. Ein gutes Beispiel dafür sind die Petitionen beider Kirchen vom Ende des Jahres 1946 an die Siegermächte für die Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen.

110 f. Diese Beurteilung des Hirtenbriefes mitsamt dem in ihm enthaltenen „Schuldbekennnis“ ist recht instruktiv, zumal wenn man sie mit späteren katholischen und auch protestantischen Deutungen vergleicht!

⁷¹ AOFAA, Colmar, Affaires Politiques, c. 3303, p. 93.